

Investitionen in Beschäftigung und Wachstum 2021-2027: Förderprogramm für Österreich mobilisiert 1,8 Mrd. Euro

Die Programmperiode 2021-2027 ist die fünfte, an der Österreich seit dem EU-Beitritt an der Kohäsionspolitik der Europäischen Union teilhat. Für das regionalpolitische Programm in Österreich stehen daraus unter dem Titel „Investitionen in Beschäftigung und Wachstum“ in dieser Periode knapp 600 Mio. Euro aus EU-Töpfen für heimische Projekte zur Verfügung. Ergänzt um nationale Ko-Finanzierungen und Eigenmittel der Projektträger wird daraus mit einer Gesamtinvestitionssumme von 1,8 Mrd. Euro gerechnet.

Neue Orientierung der EU-Kohäsionspolitik

Mit der Dachverordnung für die Investitions- und Strukturfonds wird in der neuen Programmperiode die Modernisierung der Kohäsionspolitik vorangetrieben, sowohl in der Zielorientierung als auch in der Umsetzung.

Gab es in der vorangegangenen Programmperiode noch 11 thematische Ziele, werden nun fünf politische Ziele formuliert, die Sektoren übergreifend die Investitionsprioritäten in den EU-Fonds leiten:

- Politisches Ziel 1: ein intelligenteres Europa durch Innovation, Digitalisierung, wirtschaftlichen Wandel sowie Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen.
- Politisches Ziel 2: ein grüneres, CO₂-freies Europa, das das Übereinkommen von Paris umsetzt und in die Energiewende, in erneuerbare Energien und in den Kampf gegen den Klimawandel investiert.
- Politisches Ziel 3: ein stärker vernetztes Europa mit strategischen Verkehrs- und Digitalnetzen.
- Politisches Ziel 4: ein sozialeres Europa, das die Europäische Säule sozialer Rechte umsetzt und hochwertige Arbeitsplätze, Bildung, Kompetenzen, soziale Inklusion und Gleichheit beim Zugang zu medizinischer Versorgung fördert.
- Politisches Ziel 5: ein bürgernäheres Europa durch Unterstützung lokaler Entwicklungsstrategien und nachhaltiger Stadtentwicklung in der gesamten EU.

Budgetrahmen für EU-Kohäsionspolitik

Um die ökonomischen und sozialen Auswirkungen der COVID-Pandemie abzufedern und die Herausforderungen der Klimawende und der digitalen Transformation zu bewältigen hat die EU für die Periode 2021-2027 das bisher bei weitem größte Konjunkturpaket geschnürt. Es hat einen Umfang von 1.824 Mrd. Euro (berechnet zu Preisen von 2018) bzw. 2.018 Mrd. Euro (berechnet zu laufenden Preisen unter Berücksichtigung einer 2020 erwarteten 2%igen jährlichen Inflationsentwicklung bis 2027). Im Folgenden werden ausschließlich Werte zu laufenden Preisen angegeben.

Die Summe addiert sich aus zwei Finanzansätzen: Im 7-Jahres-Budget bis 2027 sind Mittel von 1.211 Mrd. Euro veranschlagt. Dazu kommen nochmal 807 Mrd. Euro aus dem Wiederaufbau- und Resilienzprogramm NextGenerationEU hinzu.

Knapp 400 Mrd. Euro davon fließen in jene Struktur- und Investitionsfonds, die die kohäsionspolitischen Agenden der EU zum Abbau ökonomischer Divergenzen und zur Stärkung des Zusammenhalts in der Union finanzieren.

Aus drei dieser Fonds kann Österreich Förderungen beanspruchen:

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und der Europäische Sozialfonds (ESF+) sind im Budgetplan 2021-2027 mit zusammen 325 Mrd. Euro dotiert.

Dazu kommt ein neuer Fonds, der Regionen unterstützt, für die der Übergang zu einer CO₂-reduzierten Wirtschaft eine besondere Herausforderung darstellt. Dieser Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund, JTF) ist mit 19,3 Mrd. Euro finanziert.

Österreichs Anteil am Kohäsionsbudget

Die Allokation der **Fördermittel aus EFRE und ESF** auf die Mitgliedsstaaten erfolgt zweistufig: Zunächst werden sie auf drei nach relativer Wirtschaftskraft abgestuften Regionstypen aufgeteilt: Weniger entwickelte Regionen, Übergangsregionen und stärker entwickelte Regionen. In Österreich ist das Burgenland als Übergangsregion eingestuft, was höhere Förderintensitäten ermöglicht. Die anderen acht Bundesländer gelten als stärker entwickelt. In einem zweiten Schritt wird die Förderzuteilungen innerhalb dieser Regionstypen nach dem ökonomischen Status der jeweiligen Mitgliedsstaaten bestimmt.

Für Österreich resultiert dies in eine Mittelzuteilung aus EFRE und ESF+ von 49,1 Mio. Euro für das Burgenland als Übergangsregion und von 882 Mio. Euro für die anderen acht Bundesländer.

Die Verteilung der **Förderungen aus dem Just Transition Fund** richtet sich nach der Betroffenheit von ökonomischen und sozialen Problemlagen beim Übergang zu klimaschonendem Wirtschaften in den Regionen und Mitgliedsstaaten. Kriterien dazu sind etwa überdurchschnittliche Treibhausgasemissionen durch lokale Industriebetriebe oder die Beschäftigtenanteile in karbonintensiven Unternehmen. Aber auch Mitgliedstaaten, in denen diese Kriterien nicht anlagen, lukrieren eine Minimalförderung von 14 Euro pro Kopf der Bevölkerung für Klimaschutzmaßnahmen in betroffenen Regionen. Voraussetzung ist die Ausarbeitung eines „Territorialen Plan für einen gerechten Übergang“.

Nach diesen Kriterien wurden Österreich 136 Mio. Euro aus dem JTF zuerkannt.

Für Österreich ergeben sich daraus drei kohäsionspolitische Programme für die Periode 2021-2027:

- Das regionalpolitische Förderprogramm „Investitionen in Beschäftigung und Wachstum“ mit EU-Förderungen im Umfang von 597 Mio. Euro, dotiert mit 521 Mio. Euro aus dem EFRE und mit 76 Mio. Euro aus dem JTF.
- Zwei sozialpolitische Programme, dotiert mit insgesamt 410 Mio. Euro aus dem ESF+ und mit 60 Mio. Euro aus dem JTF.

Das Programm IBW – EFRE & JTF 2021-2027 für Österreich

Das österreichische Förderprogramm „Investitionen in Beschäftigung und Wachstum – EFRE & JTF“ wurde mit einem Fördervolumen aus dem EFRE und dem JTF von zusammen 597 Mio. Euro eingereicht und im August 2022 von der Europäischen Kommission genehmigt. Mit einer Ko-Finanzierung aus nationalen öffentlichen Mitteln in Höhe von 278 Mio. Euro sowie dem geplanten Einsatz von Eigenmitteln der Projektträger von in Summe 922 Mio. Euro mobilisiert das Programm eine Gesamtinvestitionssumme von knapp 1,8 Mrd. Euro.

	EU-Mittel	Nationale öffentliche Mittel	Private Mittel	Gesamt
EFRE	521.395.768	266.873.137	843.446.078	1.631.714.983
JTF	76.030.790	10.820.581	78.128.663	164.980.034
Gesamt	597.426.558	277.693.718	921.574.741	1.796.695.017

Inhaltliches Profil

Das Programm definiert den Rahmen, in dem diese Mittel nach thematischen Prioritäten und entsprechend den definierten Regionstypen vergeben werden.

Das inhaltliche Profil des Programms ist durch die Vorgaben aus der EU-Verordnung weitgehend vorgebestimmt. Für den Einsatz der EFRE-Mittel gelten die fünf politischen Ziele der EU-Kohäsionspolitik eines intelligenteren, grüneren, stärker vernetzten, sozialeren und bürgernäheren Europas. Der Just Transition Fund ist darauf ausgerichtet, Regionen und Menschen dabei zu unterstützen, den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu bewältigen.

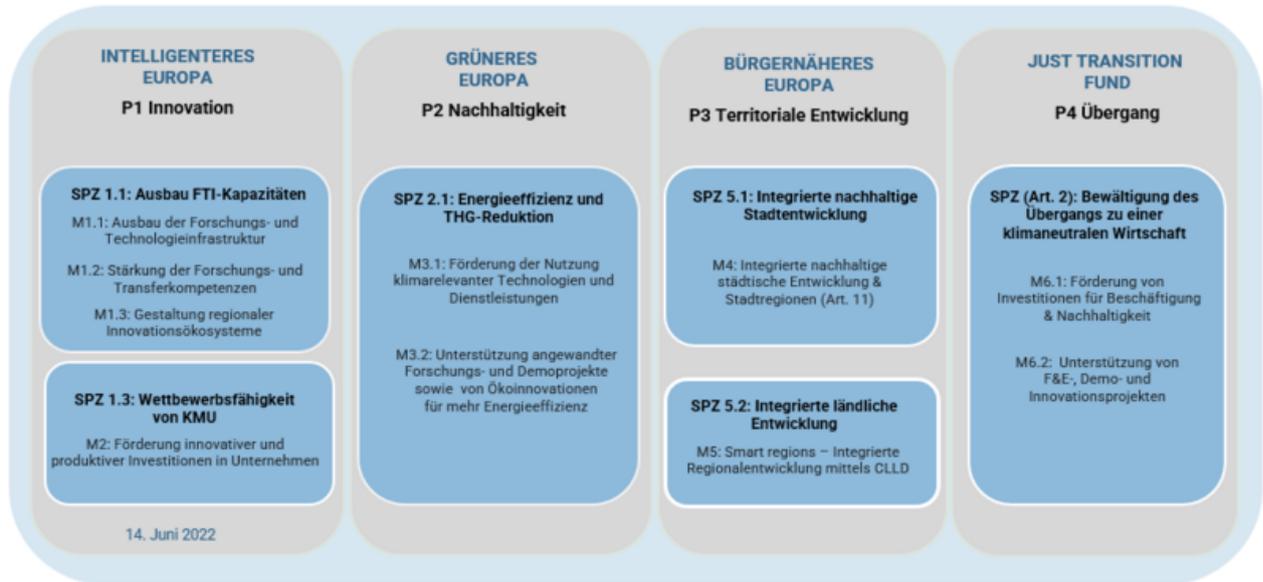
Basierend auf Analysen zu den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen wurden daraus im Programm für Österreich vier thematische Prioritäten abgeleitet.

Die 521 Mio. Euro an Förderungen aus dem EFRE werden in thematischen Prioritäten eingesetzt, die sich auf drei der fünf kohäsionspolitischen Ziele ausrichten:

- **Priorität 1:** 59 % werden dem Thema **„Innovation“** als erster Priorität – dem Ziel eines intelligenteren Europas entsprechend – gewidmet. Dabei soll es vor allem um den Ausbau der Forschungskapazitäten und Stärkung der Innovationsökosysteme sowie der Wettbewerbsfähigkeit der KMU gehen.
- **Priorität 2:** 30 % sollen in die Priorität **„Nachhaltigkeit“** als Beitrag zu einem grüneren Europa fließen und dabei vor allem in Maßnahmen zur Energieeffizienz und CO₂-Reduktion.
- **Priorität 3:** Mit der Ausrichtung auf ein bürgernäheres Europa entfallen 11 % der Mittel unter der Priorität **„Territoriale Entwicklung“** auf Projekte nachhaltiger Stadt- und Stadtumlandentwicklung und integrierter Regionalentwicklung.
- **Priorität 4:** Als vierte Priorität unter dem Titel **„Übergang“** wird die Umsetzung der Ziele des Just Transition Fund in das Programm integriert. Mit den 76 Mio. Euro aus dem Fonds werden dabei Investitionen von Unternehmen, insbesondere KMU, unterstützt, die zur Diversifizierung in nachhaltigen Wirtschaftsbereichen beitragen. Zudem gibt es Förderungen für Maßnahmen zur Stärkung regionaler Start-up-Ökosysteme und für Forschungs- und Innovationsvorhaben, die eine neue Generation nachhaltiger Technologien vorbereiten können.

Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft sollen als Querschnittsmaterie in allen Prioritäten berücksichtigt werden.

Das Programmtableau: Prioritäten und Maßnahmen



Mitteleinsatz in den Prioritäten

Priorität	Aufteilung auf die Prioritäten					
	EFRE-Mittel		JTF-Mittel		Volumen gesamt	
	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%
Priorität 1: Innovation	309,3	59			309,3	51,8
Priorität 2: Nachhaltigkeit	156,6	30			156,6	26,2
Priorität 3: Territoriale Entwicklung	55,5	11			55,5	9,3
Priorität 4: Übergang			76	100	76	12,7
Gesamt	521,4	100	76	100	597,4	100

Umsetzung in den Bundesländern

IBW/EFRE & JTF ist ein Regionalprogramm, daher kommt den Bundesländern in dessen Konzeption und Umsetzung besondere Bedeutung zu. In enger Zusammenarbeit zwischen Behörden, Bund, Ländern und Interessensvertretungen wurde das Programm entwickelt, die Umsetzung erfolgt durch 4 Förderstellen des Bundes und 11 Landesförderstellen, die konkrete Projekte auswählen und finanzieren.

Für die Förderungen aus dem EFRE wurde das Burgenland von der Europäischen Kommission als Übergangsregion anerkannt. Damit kann dort der Fördersatz der EU-Mittel bis zu 60 % der Projektkosten betragen. Aus diesem Titel kann das Burgenland mit knapp 28 Mio. Euro oder 5,4 % der Gesamtmittel für Österreich aus dem EFRE rechnen.

Die anderen acht Bundesländer sind als „stärker entwickelte Regionen“ eingestuft, was einen maximalen Fördersatz von 50 % im JTF und 40 % im EFRE impliziert. Sie teilen sich eine Summe von 494 Mio. Euro an EFRE-Förderungen. Die Steiermark (24,8 %) und Niederösterreich (23,4 %) kommen dabei zusammen auf knapp die Hälfte der Gesamtförderungen, Oberösterreich (15,2 %) und Kärnten (10,7 %) gemeinsam auf ein weiteres Viertel. Das verbleibende Fünftel verteilt sich auf Tirol (7 %), Wien (5,2 %), Salzburg (4,5 %) und Vorarlberg (3,8 %).

Die Verteilung der Mittel aus dem JTF wurde in einem erarbeiteten „Territorialen Plan für einen gerechten Übergang“ definiert. Dabei wurden auf Basis von Indikatoren zu spezifischen Problemlagen bei der Dekarbonisierung Regionen in der Steiermark, Ober- und Niederösterreich sowie Kärnten als Adressaten für die Fördermaßnahmen identifiziert. Die Steiermark und Oberösterreich können daraus mit jeweils 32 % der JTF-Mittel für Österreich rechnen, Niederösterreich und Kärnten mit jeweils 18 %.

Mitteleinsatz in den Bundesländern

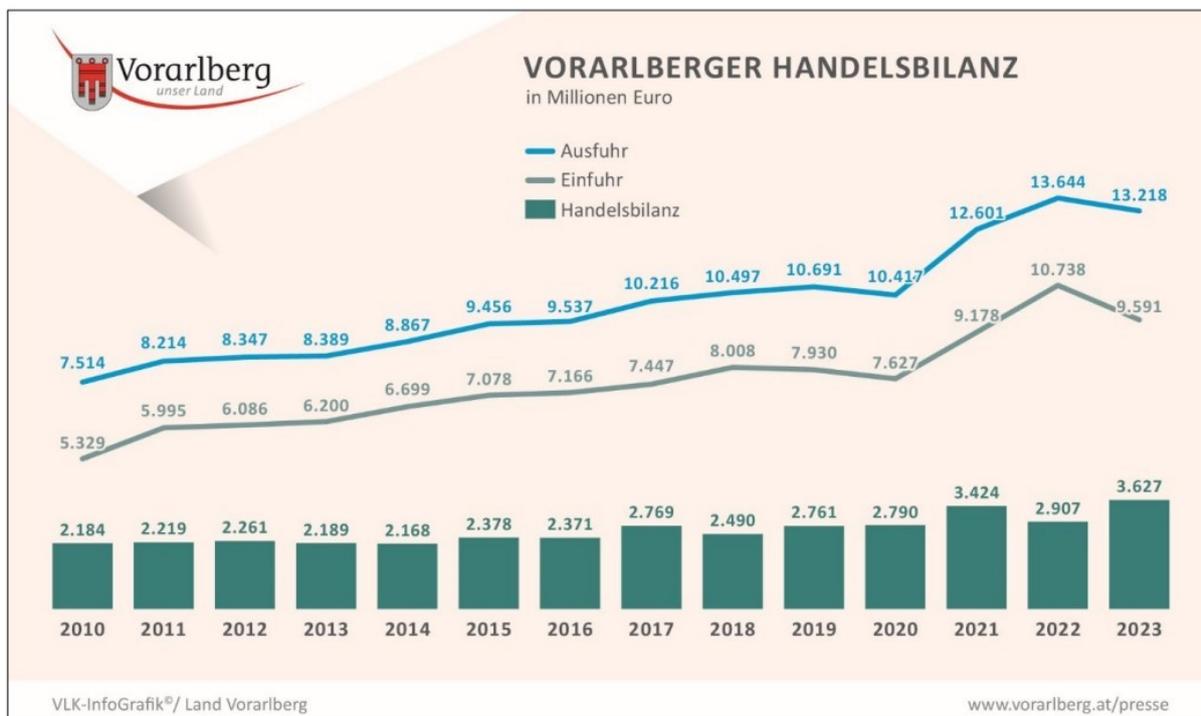
Bundesland	EFRE-Mittel		JTF-Mittel		Volumen gesamt	
	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%
Burgenland	27,9	5,4			27,9	4,7
Kärnten	56	10,7	13,7	18	69,7	11,7
Niederösterreich	122,1	23,4	13,7	18	135,8	22,7
Oberösterreich	79,1	15,2	24,3	32	103,4	17,3
Salzburg	23,7	4,5			23,7	4,0
Steiermark	129,3	24,8	24,3	32	153,6	25,7
Tirol	36,5	7,0			36,5	6,1
Vorarlberg	19,9	3,8			19,9	3,3
Wien	26,9	5,2			26,9	4,5
Gesamt	521,4	100	76	100	597,4	100

Das Programm IBW/EFRE&JTF 2021-2027 in Vorarlberg

Die Mitgliedschaft in der EU und die Teilnahme an der Regionalpolitik der EU seit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 hat sich äußerst positiv auf die Entwicklung Vorarlbergs ausgewirkt. Die europäische Perspektive ist für die Zukunft Vorarlbergs entscheidend. Gerade für die exportorientierte Wirtschaft Vorarlbergs sind die offenen Grenzen und der gleichberechtigte Zugang zum EU-Binnenmarkt entscheidende Pluspunkte.

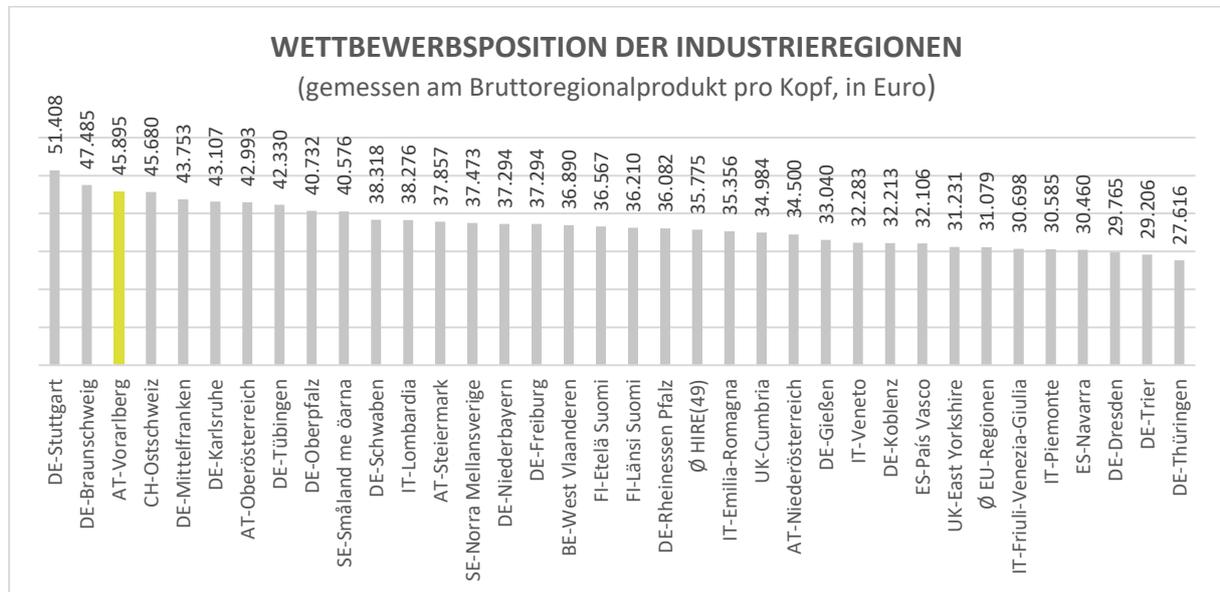
Erfolgsbasis: Hohe Wettbewerbsfähigkeit, starkes Exportwachstum

Vorarlbergs Exporte haben sich seit dem EU-Beitritt vervierfacht - von 2,8 Mrd. Euro im Jahr 1995 auf knapp 13,6 Mrd. Euro im Jahr 2022. Nach den pandemiebedingten enormen Einschränkungen im internationalen Warenverkehr und dem damit verbundenen Exportrückgang im Jahre 2020 (vgl. Grafik) ist es der Vorarlberger Wirtschaft gelungen, die Verluste mehr als auszugleichen und schon 2022 wieder neue Exportrekorde zu erzielen. 2023 waren die Außenhandelszahlen erstmals leicht rückläufig, dennoch handelt es sich bei beiden Warenverkehrsrichtungen um die bisher zweitbesten Ergebnisse. Das Land verzeichnet heute 4.600 exportierende Unternehmen. Der Exportwert pro Kopf ist mit € 34.421 (Jahr 2022) der zweithöchste unter Österreichs Bundesländern. 60 % der Exporte Vorarlbergs gehen in die EU, zum Großteil in die Nachbarstaaten Deutschland, Schweiz und Italien.



Das starke Exportwachstum belegt auch die ausgezeichnete internationale Wettbewerbsfähigkeit Vorarlbergs. Eine Studie des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts („Vorarlbergs Wirtschaft im

europäischen Konkurrenzumfeld. Bericht zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit 2022“) weist dem Land in Hinblick auf sein ökonomisches Entwicklungsniveau und die Effizienz seines regionalen Produktionssystems eine Spitzenposition unter den Industrieregionen in Europa aus. Unter 49 hoch entwickelten industrieorientierten Regionen in Europa liegt Vorarlberg beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf auf Rang drei.



Quelle: WIFO-Studie 2022

Die dynamische Entwicklung als Wirtschafts-, Tourismus- und Dienstleistungsregion hat sich auf dem gesamten Arbeitsmarkt positiv ausgewirkt. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten ist seit 2004 von 137.500 auf 172.680 (Jahresdurchschnitt 2023) gestiegen.

Oberstes Ziel: Nachhaltige Sicherung des Produktions- und Wirtschaftsstandorts

Als offene Volkswirtschaft mit weltweiter wirtschaftlicher Verflechtung sieht sich Vorarlberg heute mit den großen globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts konfrontiert. Die Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Wirtschaften werden zunehmend herausfordernd. Die oberste Zielsetzung einer zukunftsorientierten Wirtschafts- und Standortpolitik muss dabei die nachhaltige Sicherung des Produktions- und Wirtschaftsstandortes Vorarlberg sein. Die Unternehmen sind die Basis für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Sie in ihrer Wettbewerbsfähigkeit optimal zu unterstützen, ist die vorrangige wirtschafts- und regionalpolitische Aufgabe, die in Abstimmung von nationaler, regionaler und lokaler Ebene erfüllt werden muss.

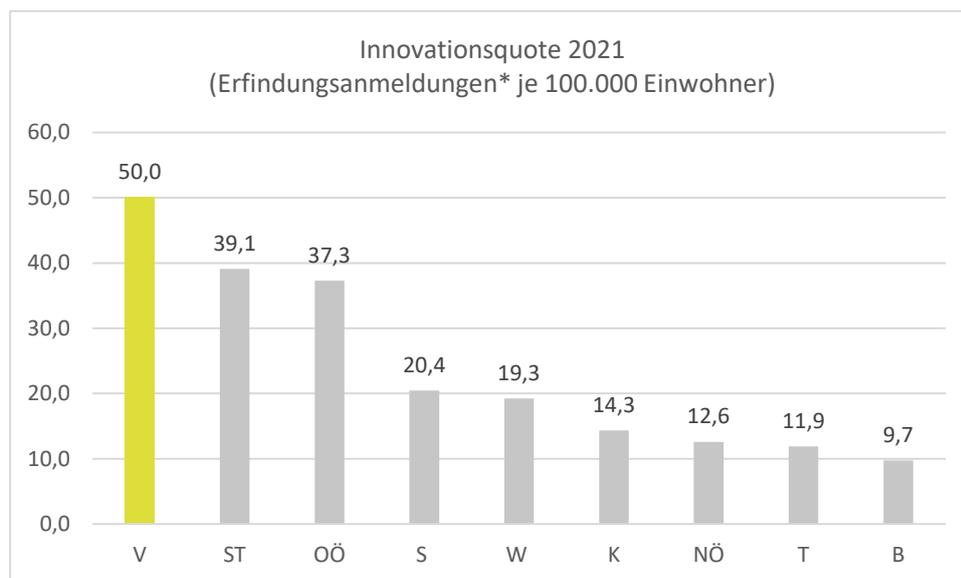
Programmplanung: Drei vorrangige Entwicklungsthemen

Im Rahmen der Programmplanung für die Umsetzung des Förderprogramms IBW/EFRE&JTF 2021-2027 wurde der Wirtschaftsstandort Vorarlberg analysiert und daraus drei Themen im Hinblick auf den Mitteleinsatz in den Fokus genommen.

Ausbau der regionalen Wissens- und Forschungslandschaft: Die bisherige Wissenschafts- und Forschungsstrategie des Landes wurde im Jahr 2024 überarbeitet und die neue Wissenschafts- und Forschungsstrategie Vorarlberg 2030+ vorgestellt. Sie zielt darauf ab, die Forschungsinfrastruktur im Land auszubauen, digitale und technische Kompetenzen zu fördern und die Zusammenarbeit zwischen Wirt-

schaft, Wissenschaft und Bildung weiter zu intensivieren. Obwohl Vorarlberg über keine eigene Universität verfügt, ist die Fachhochschule Vorarlberg eine der forschungsstärksten Fachhochschulen Österreichs und ein Innovationsmotor für die Region. Die Kooperation mit der Universität St. Gallen wird mit der Einrichtung eines eigenen Instituts der Universität mit dem Thema Computerwissenschaften am Campus Dornbirn intensiviert, und damit verstärkt sich die internationale Ausrichtung der Forschung. Ein weiterer wichtiger Baustein in der Wissens- und Forschungslandschaft ist das Forschungsinstitut für Textilchemie und Textilphysik der Universität Innsbruck mit Sitz in Dornbirn.

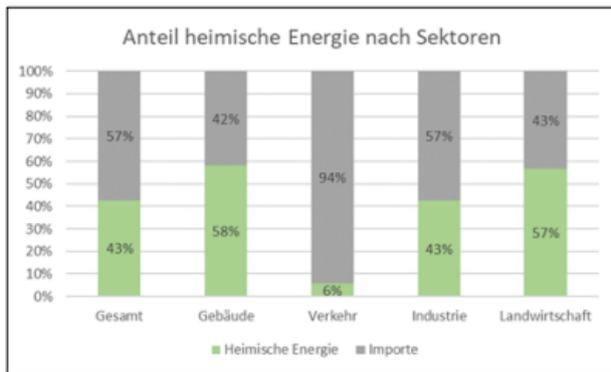
Dies ist auch die Basis für die starke Innovationskraft der Unternehmen in Vorarlberg. Dies belegt eine außerordentlich hohe regionale Patentquote. Mit 50 Erfindungsanmeldungen pro 100.000 Einwohnern ist sie in Vorarlberg die höchste in Österreich.



Quelle: WIFO-Studie 2022, eigene Berechnungen Land Vorarlberg

Nachhaltige Innovationen forcieren: Das Land Vorarlberg unterstützt seit vielen Jahren klima- und energieschonende Maßnahmen in Unternehmen. Im Rahmen des Top-up-Programms wurde von 2017 bis 2021 eine Million Euro an Landesfördermitteln für rund 500 Klimaschutzprojekte von Klein- und Mittelunternehmen vergeben. Mit dem Programm Ökoprofit wird das Netzwerk Umweltmanagementsystem finanziert, das KMU zu einem verringerten Ressourcenverbrauch führt. Neu etabliert ist das Netzwerk „Circular Economy Vorarlberg“, das Vorarlberger Unternehmen in allen Belangen der Circular- bzw. Green Economy berät und motiviert. Zudem setzt das Land selbst mit der Initiative „MissionZeroV“ konsequente Schritte hin zu einer klimaneutralen Landesverwaltung.

Energieautonomie Vorarlberg 2030+: Trotz einer sehr dynamischen Wirtschaftsentwicklung ist es in Vorarlberg gelungen, die Treibhausgasemissionen deutlich zu senken. Von 2005 bis 2022 wurde der Ausstoß um 20 % reduziert, obwohl die Bevölkerung um 12 % gewachsen ist, die Zahl der Pkw um 31 % zugenommen hat und der Produktionsindex der Wirtschaft um 80 % wuchs. Auch die Energieeffizienz konnte wesentlich gesteigert werden. Der Gesamtenergieverbrauch lag trotz des massiven Wirtschaftswachstums 2022 nur um 2,5 Prozent höher als 2005. Dieser erfolgreiche Trend soll durch weitere Maßnahmen auf allen Ebenen verstärkt werden. Mit der Zielsetzung Energieautonomie 2030+ will das Land Vorarlberg bis 2050 den kompletten Energiebedarf bilanziell mit erneuerbarer Energie abzudecken. Wesentlich sind dazu der weitere Ausbau der Wasserkraft, die 95 Prozent zur Stromerzeugung in Vorarlberg beiträgt, und die hohe Dynamik bei der Photovoltaik.



Quelle: Monitoringbericht 2024

Zwei vorrangige Orientierungen im Programm IBWE/EFRE&JTF

Aus der Ist-Analyse leiten sich zwei Ziele ab, die Vorarlberg in der Teilnahme am Programm IBW/EFRE&JTF verfolgen will:

- Zum einen soll die Leistungsfähigkeit der bestehenden F&E-Einrichtungen gestärkt, deren Kompetenzportfolio ausgebaut und die Forschungsaktivitäten insgesamt intensivieren werden. Damit wird am Standort Vorarlberg ein exzellentes Angebot an wissenschaftlicher Kompetenz und Know-how in der Verwertung gesichert.
- Zum anderen soll die Vorarlberger Wirtschaft unterstützt werden, einen nachhaltigen Wachstumspfad zu verfolgen, der zu einer Entkoppelung von Wachstum und Ressourcenverbrauch führt. Mit den dazu geförderten Investitionen wird zusätzliche Beschäftigung geschaffen werden.

Programmumsetzung: Konzentration auf zwei Prioritäten

Im aktuellen Programm IBW/EFRE & JTF 2021-2027 stehen Vorarlberg EFRE-Mittel in Höhe von 19,9 Mio. Euro zur Verfügung. Diese Mittel sollen in den Prioritätsachsen „Innovation“ und „Nachhaltigkeit“ als Förderschwerpunkte mit folgenden Themenbereichen eingesetzt werden:

Priorität Innovation:

- Ausbau der Forschungs- und Technologieinfrastruktur
Stärkung der Forschungs- und Transferkompetenz
Ziel ist die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der bestehenden F&E-Einrichtungen, aber auch der Aufbau neuer Forschungskompetenzen in diesen Einrichtungen.
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU
KMU sollen bei ihren Investitionen unterstützt werden, die zur Schaffung von zusätzlichen Arbeits- und Ausbildungsplätzen, zu Produkt und Verfahrensinnovationen sowie zur Schaffung zusätzlicher Fertigungskapazitäten beitragen. Unterstützung finden zusätzlich innovative, technologieorientierte Investitionsvorhaben im Bereich Produktion und produktionsnahe Dienstleistungen.

Priorität Nachhaltigkeit

- Energieeffizienz und Treibhausgasreduktion
Die Nutzung und Einsatz erneuerbarer Energien in Unternehmen und Kommunen, soll intensiviert werden durch Investitionen zum sparsamen Ressourcen- und Energieeinsatz sowie zum Ersatz fossiler Energieträger bei gleichzeitiger Energieeinsparung.

Programmtableau Vorarlberg

Prioritäten Maßnahmen	Gesamt- ausgaben	Mittel aus EFRE	Nationale öffentliche Mittel			Private Mittel
			Bund	Land	Sonstige	
Innovation	61.398.889	13.110.000	2.050.000	1.100.000	138.889	45.000.000
Nachhaltigkeit	20.070.355	5.686.652	591.111	0	1.379.259	12.413.333
Programm ge- samt	81.469.244	18.796.652	2.641.111	1.100.000	1.518.148	57.413.333

Angaben in Mio. Euro, Quelle: Land Vorarlberg